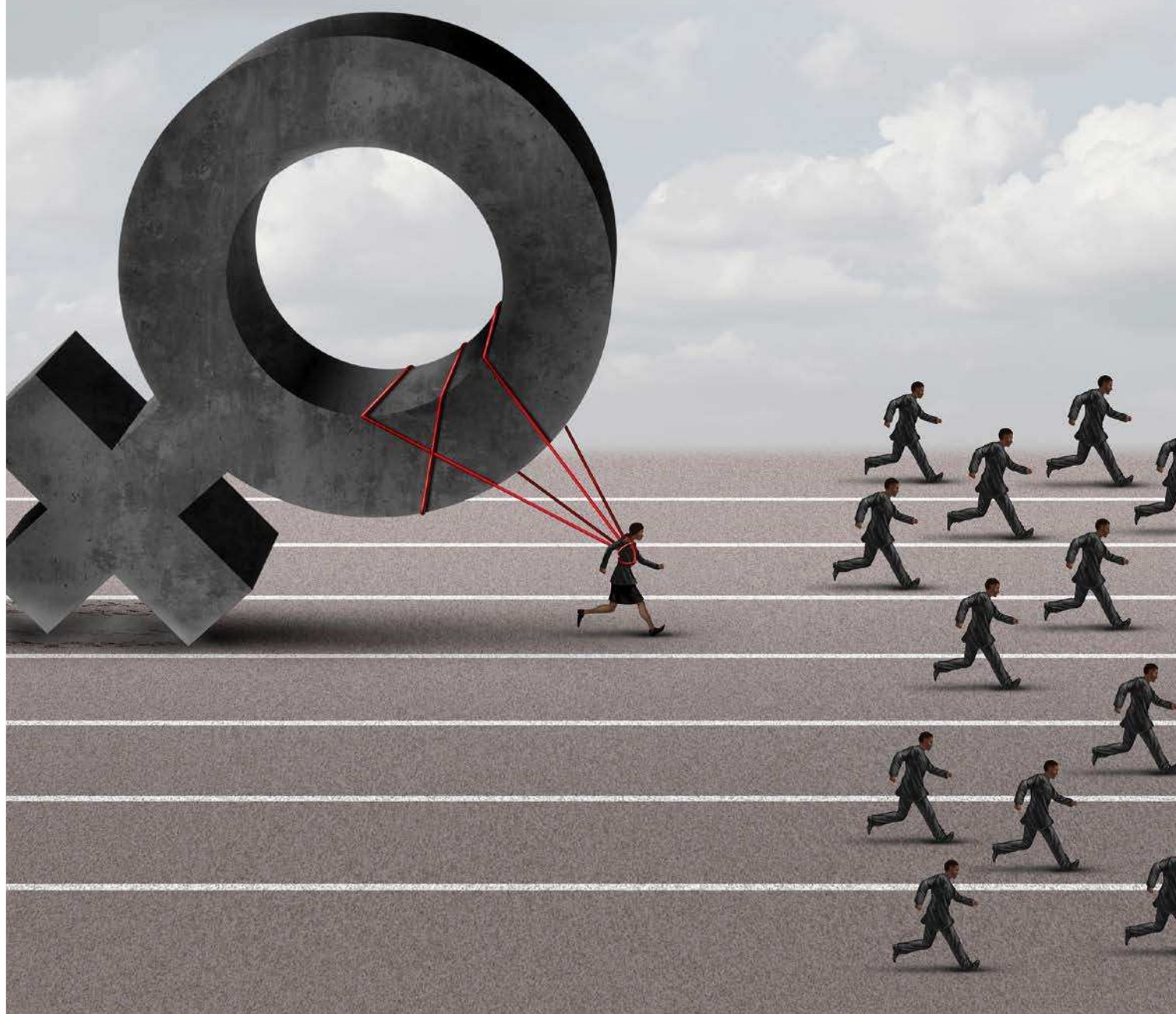


FEBRUAR '18 / NR. 1

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



› THEMA: FRAUEN: VISIONEN UND HANDLUNGSBEDARF	3
› ABSTIMMUNGEN: INFORMATIONEN UNTER ANDEREM ZUR NO-BILLAG-INITIATIVE	11
› GESUCHT: INSERATE IN EIGENER SACHE	22

INHALT

Thema

Gleichstellung von Frau und Mann	3
----------------------------------	---

Bund Abstimmungen

Bundesfinanzordnung	10
No-Billag-Initiative	11

Kanton Luzern

Initiative «Zahlbares Wohnen für Alle»	13
Aus dem Kantonsrat	14
Grüner Essen	15

Stadt Luzern

Aktuelles aus dem Grossen Stadtrat	16
------------------------------------	----

Junge Grüne

Parlamentarier/innen	17
----------------------	----

Ortsgruppen

Emmen	18
-------	----

Internes

Palaver und Portraits	19
Inserate in eigener Sache	22

Agenda / Parolen	24
------------------	----

IMPRESSUM

Rundbrief 1/18

Informationsbulletin der

Grünen des Kantons Luzern

Redaktion: Geschäftsleitung Grüne

Druck: SWS Medien AG Print

Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch
erscheint 4 x jährlich

Auflage: 2400

Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

Kontakt: Sekretariat Grüne Partei Luzern

Brüggligasse 9, Postfach 7359

6004 Luzern

Tel. 041 360 79 66

Email: sekretariat@gruene-luzern.ch

Web: www.gruene-luzern.ch

Öffnungszeiten:

Mo. – Do. von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Titelbild: Lightspring/shutterstock

EDITORIAL



Du hältst die erste Rundbriefausgabe nach unserem Jubiläumsjahr 2017 in den Händen. Die goldenen Ränder sind verschwunden. 2018 werden wir uns weniger mit uns selber, aber weiterhin ausgiebig mit der Politik im Kanton Luzern auseinandersetzen. Das neue Jahr steht für uns Grüne Kanton Luzern bereits schon im Zeichen der kommenden Wahlen vom nächsten Jahr. Wir werden in diesem Jahr mit unserem Einsatz gegen das drohende Referendum zum kantonalen Energiegesetz, den anhaltenden Herausforderungen im Kantonshaushalt und insbesondere auch mit der Abstimmung über unsere Fairfood-Initiative beweisen können, dass wir Grünen mit lustvoller und konstruktiver Politik für intakte Lebensgrundlagen und Fairness im Kanton Luzern stehen.

Hilf mit, damit uns dies gelingt! Du kannst dich auf verschiedenen Ebenen und mit individuellem Aufwand für uns Grüne einsetzen. In diesem Rundbrief stellen wir dir in einem kleinen Mini-Stellenanzeiger die vielseitigen Möglichkeiten für dein Engagement vor.

Neben den anstehenden Abstimmungen, wo u. a. mit der No-Billag-Initiative ein Kahlschlag der Medienvielfalt droht, widmet sich dieser Rundbrief mit Schwerpunkt dem Thema «Frau und Politik». Es geht uns nicht darum, die «Frauenfrage» mit einem Schwerpunktartikel mal wieder abzuhaken. Verschiedene Autorinnen und Autoren dieses Rundbriefes möchten vielmehr aufzeigen, dass Frauen oft in unterschiedlicher Form als die Männer von gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen betroffen sind. Nur wenn wir uns auch weiterhin intensiv mit der Gleichstellung von Frau und Mann beschäftigen, können wir Verbesserungen zu Gunsten von Frauen inner- und ausserhalb der Politik erreichen.

Wir Grünen kämpfen dafür, dass sich die Gleichstellungsidee in den Köpfen und Herzen der Männer und Frauen festsetzt, damit die Gleichstellung tatsächlich eine gesellschaftliche Realität wird.

Gute Lektüre!

Maurus Frey
Präsident, Grüne Kanton Luzern

GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

FRAUEN: WIR HABEN SCHON VIEL ERREICHT – ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN

«Die Philosophen haben die Welt nur männlich interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie auch weiblich zu interpretieren, um sie menschlich verändern zu können.»

Irmtraud Morgner, in Anlehnung an ein bekanntes Marx-Zitat.

Was mich seit längerem beschäftigt, ist, wie selbstverständlich die männliche Welt für das Allgemeingültige, die umfassende menschliche Welt angesehen wird, während weibliche Lebenszusammenhänge, weibliche Erfahrungen, weibliche Visionen als Frauenprobleme wahrgenommen werden, die nur einen Teil der Gesellschaft betreffen, und daher für den andern Teil vernachlässigbar sind. In dieser Wahrnehmung gibt es nur eine Richtung der Emanzipation, nämlich die der Gleichstellung der Frauen in der Männerwelt. Es geht sozusagen um ein Defizit der Frauen, das aber tendenziell mit zunehmender Gleichberechtigung aufgelöst und damit als Problem aus der Welt geschafft werde. Dass diese Sichtweise durchaus auch von Ikonen des Feminismus (z.B. Simone de Beauvoir) befördert wurde, ist nicht von der Hand zu weisen. Auf diesem Weg wurde ja in den letzten Jahrzehnten Vieles erreicht, für das Frauen – und Männer – noch bis fast ans Ende des zwanzigsten Jahrhunderts hart gekämpft haben. In diesem Prozess wurde aber auch sichtbar, wie stark unsere Gesellschaft von patriarchalen Strukturen geprägt ist, die das Leben bis in die alltäglichen Tätigkeiten und Werthaltungen beeinflussen. Es ist daher höchste Zeit, zu hinterfragen, wie eigentlich die Emanzipation der Frau auch die Lebenswelt der Männer verändert, bzw. wie auch Männer ihre Tätigkeiten und Werthaltungen der neuen Situation anzupassen haben.

Bei der Vorbereitung dieses Rundbriefs mit dem Schwerpunktthema «Frauen» war uns schnell klar, dass wir das Thema in keiner Weise umfassend angehen, sondern nur einzelne Aspekte herausgreifen können. Dies in der Hoffnung, eine weiterführende Debatte anzuregen, die, wie sich zeigt, auch für uns Grüne keineswegs abgeschlossen ist. Ich gehe daher im Folgenden auf wenige Aspekte näher ein, und versuche, diese auch aus dem Blickwinkel zu beleuchten, was die Entwicklung zu mehr Gleichberechtigung für die Männer bedeutet.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ganz besonders ein Thema, das fast ausschliesslich mit den Frauen in Verbindung gebracht wird. Für einen Mann ist es eine Selbstverständlichkeit, dass er sowohl berufstätig ist, als auch eine Familie haben kann. In meiner Jugend konnte man noch im Brustton der Überzeugung sagen: «Eine Frau muss sich entscheiden, ob sie eine Familie haben oder arbeiten will». Arbeiten hiess in diesem Kontext selbstredend, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Dass das Bild der Frau, die sich ausschliesslich um Haushalt, Kinder und Wohltätigkeit kümmert, ein Bild der bürgerlichen, schweizerischen Nachkriegszeit ist, aber keineswegs die Realität der Frauen in der Geschichte und in der Welt wiedergibt, ist nochmals ein Thema, das ein Buch füllen könnte. Heute ist es immerhin anerkannt, dass Frauen einer ausserhäuslichen Berufstätigkeit nachgehen. Frauenförderung ist ein grosses Schlagwort, dabei geht es in der Regel darum, durch die Förderung von externer Kinderbetreuung und von Teilzeitstellen den Frauen zu ermöglichen, auch nach der Familiengründung berufstätig zu sein. Ich weiss, dass heute vermehrt auch die Väter sich um ihre Kinder und um den Haushalt kümmern, und will dies in keiner Weise ignorieren. Doch bleibt die Tatsache, dass die meisten Männer auch mit Familie Vollzeit arbeiten, während die Frauen ihre Berufstätigkeit häufig eine zeitlang vollständig aufgeben, und in der Regel Teilzeitstellen zwischen 20 und 50 Prozent innehaben. Dabei bleibt ihnen meistens auch der ganze organisatorische Aufwand, insbesondere, sobald Ausnahmesituationen wie Krankheit etc. zu bewältigen sind. Dass die Aufteilung von Berufs- und Hausarbeit so ist wie sie ist, hat mit dem meistens kleineren Einkommen der Frau zu tun – ein weiterer sehr aktueller Themenkomplex, auf den ich hier gar nicht eingehen kann. Aber der Einkommensunterschied ist nicht der einzige Grund. Die geringe Wertschätzung der häuslichen – weiblichen – Arbeit ist ein weiterer Faktor. Wobei die Wertschätzung durchaus ambivalent ist. Als Ressource, als «back office» ist die Familie nämlich unabdingbar. Es gibt ja das Sprichwort, dass hinter jedem erfolgreichen Mann eine starke Frau steht. Das ist nicht in dem Sinne richtig, dass die Frauen ja sowieso den Männern vorsagen, was sie zu tun haben, ein Argument das noch immer dann und wann zu hören ist von Gegnern der Gleichberechtigung. Es ist aber in dem Sinne richtig, dass die Frauen ihren Männern den Rücken frei halten, sich um die Kinder kümmern (also die zukünftigen Arbeiter, Steuerzahler, Staatsbürgerinnen, Nachwuchsforscherinnen etc.), ihre sozialen Kontakte aufrecht erhalten, die Ferien

organisieren und die Wäsche. Ich habe schon zig Interviews mit männlichen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft gehört oder gelesen, die auf die Frage: «Wo tanken Sie auf, wie füllen sie Ihren Energiespeicher?» geantwortet haben: «die Familie ist mein Rückzugsort, da kann ich abschalten». Eine berufstätige Frau mit Familie habe ich das noch nie sagen gehört. Sie ist in der Regel auch in der Familienarbeit voll eingespannt, am Organisieren und Sorgen. Aber selten am Abschalten. Ein gewichtiger Grund, warum sich Frauen seltener für Führungspositionen ins Spiel bringen, ist, dass ihnen dieses Back office nicht zur Verfügung steht.

Die Schweiz ist bekannt für ihre hohe Arbeitsproduktivität. Nun ist diese mittlerweile gar nicht mehr höher als in andern europäischen Ländern, sondern liegt etwa im Durchschnitt. Der Grund dafür ist, dass in der Schweiz der Anteil der Teilzeitstellen so hoch ist. Und wer arbeitet Teilzeit – siehe oben. Was läge also näher, als die Arbeit anders zu verteilen – anders im Geschlechtervergleich. Frauen übernehmen mehr Berufsarbeit, Männer weniger. Dafür hätten sie mehr Kapazitäten für Familien- und Care-Arbeit, das gäbe im Endeffekt eine ausgeglichene Work-Life-Balance. Die Frauen, die bisher neben der Teilzeitarbeit für den grössten Teil der Haus- und Pflegearbeit zuständig sind, würden von dieser entlastet und hätten dafür mehr Kapazitäten, sich politisch zu betätigen oder Führungsaufgaben zu übernehmen. Wahrscheinlich hätte dann die Forderung nach einem angemessenen Elternschaftsurlaub bessere Chancen. Und angemessen heisst nicht 14 oder 16 Wochen. Das heisst mindestens ein Jahr, und zwar verpflichtend auch für die Väter, sofern sie da sind. Andere Aufgaben kann und konnte man auch finanzieren. Stichworte Militär, Managerlöhne etc. Und wenn sich mehr Männer in der Care-Arbeit engagieren würden, würde diese auch eine höhere Wertschätzung erfahren, da bin ich sicher. Das ist zwar ein unschönes Argument, denn es weist darauf hin, dass noch immer die männliche Definitionsmacht gilt, und höher geschätzt wird, was Männer tun, als was Frauen tun. Doch es wäre ein Anfang – und könnte die Diskussion um Werte, ihren Verlust und ihren Wandel, mit neuen Inhalten füllen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Drei Arbeitskolleginnen transportieren einen Tisch und Stühle durch den Korridor und haben recht zu schleppen. Ein paar gute, gutmütige Arbeitskollegen meinen lachend: «Das git starchy Brüscht!» Umgehend kommt die Antwort: «Und tumm schwätze git en chliine Schwanz.» Leider stimmt bei dieser Anekdote nur der Anfang. Die treffende Antwort kam uns erst im Nachhinein in den Sinn. Aber ich bin überzeugt, die guten Kollegen wären zurückhaltender mit anzüglichen Sprüchen, wenn sie mit einer trafen Antwort zu rechnen hätten. Ich habe bewusst ein harmloses Beispiel ge-

wählt. Schon bei den «harmlosen» verbalen Übergriffen rotiert es nämlich in unserem Hinterkopf: wie reagiere ich jetzt, bin ich eine Zicke, wenn ich zurückgebe; was meint er jetzt und wie würde meine Antwort interpretiert...



monsieur
de mocrat
zog
madame
de colleté
der
politischen
de batte
vor

Zeichnung: Hanne Brehm, Text: Kurt Meier

Die MeToo-Debatte thematisiert unterschiedliche Aspekte des Sexismus und von sexuellen Belästigungen auf unterschiedlichem Niveau. Die NZZ (oder NZZ am Sonntag) publizierte eine Diskussion zwischen ihren Redaktorinnen und Redaktoren zum Thema: Wo beginnt sexuelle Belästigung, was ist zulässig, was nicht. Dabei äusserten sich die Männer über ihre Unsicherheit, dass man als Mann heute gar nicht mehr wisse, was man noch sagen dürfe und was nicht. Antwort der Frauen, sinngemäss: «Da erlebt ihr mal eine Verunsicherung, die für uns Frauen alltäglich ist». Wenn Verunsicherung dazu führt, das eigene Verhalten und das der Geschlechtsgenossen und -genossinnen zu hinterfragen, ist das gar nicht schlecht. Erziehung ist zum Beispiel ein Ansatz. Kürzlich las ich, dass Eltern mit ihren Mädchen heute über körperliche Übergriffe reden. Mit Buben werde das jedoch viel weniger getan. Das ist aber sehr wichtig. Dass Buben schon als Kinder lernen, die körperliche Integrität des Gegenübers zu respektieren, und dabei auch lernen, ein «nein» zu akzeptieren.

Wenn Männer sich selber wehren gegen das Männerbild, das ein Geschlechtsgenosse verbreitet (er zählt scheinbar zur intellektuellen Elite einer Partei), wenn er allen Ernstes zum Besten gibt, eine Frau, die einen kurzen Rock und ein grosszügiges Décolleté trage, sei selbst schuld, wenn sie begripscht werde, so ist das schon mal ein wichtiger Schritt vorwärts. Dann müssen Frauen nicht stets neben dem Abwehren von sexuellen Übergriffen auch die Debatte über den Opfer-Status führen. Dazu sind zwei Punkte zu erwähnen: auch Buben und Männer sind Opfer von sexuellen Übergriffen. Schlussendlich ist das Ziel, solche Übergriffe erkennen und ihnen etwas entgegensetzen zu können. Übergriffe und Verletzungen überhaupt wahrzunehmen und sich selbst die damit verbundene Demütigung einzugestehen, ist ein schwieriger und schmerzhafter Prozess. Und es nützt auch nichts, kein Opfer sein zu wollen. Solange es Täter gibt, wird es Opfer geben. Es ist gut, wenn Betroffene von sexuellen Übergriffen – Frauen und Männer – sich wehren können und in der Lage sind, dem Opfer-Sein etwas entgegen zu setzen. Wer das aber nicht kann, hat Unterstützung, Solidarität und Hilfe verdient, und nicht Ignoranz und Stigmatisierung.

GRÜNE LUZERN – MÄNNER UND ... FRAUEN?

Zum Schluss noch zu einem Thema, dem wir Luzerner Grüne uns stellen müssen. Kürzlich hat Louis Schelbert seinen Rücktritt als Nationalrat bekannt gegeben. Sein Nachfolger wird Michael Töngi, der aus diesem

Grund aus dem Kantonsrat zurücktritt. Als mögliche Nachfolger las ich in der Presse nur Männernamen. Das sind alles engagierte, kompetente Politiker. Und es ist selbstredend kein Fehler, ein Mann zu sein. Trotzdem sollte das Bild anders aussehen. Es sollte gemischt sein, Männer und Frauen sollten etwa gleichmässig zur Verfügung stehen. Wir hatten und haben ausserordentlich profilierte Frauen in Parteiämtern und Parlamenten. Wir haben auch heute sehr engagierte und kompetente Frauen bei den Grünen und den Jungen Grünen. Dass diese aktuell nicht für ein Amt oder eine Funktion zur Verfügung stehen, hat, so glaube ich, viel mit dem beschriebenen Lebenszusammenhang von Frauen zu tun. Berufliches Weiterkommen, persönliche Entwicklung, Familienplanung und politisches Engagement unter einen Hut zu bringen, ist eine grosse Anforderung. Wollen wir unsere jungen Frauen motivieren, sich längerfristig in der Politik zu engagieren, brauchen sie gezielte Förderung, Unterstützung und Entlastung. Vielleicht waren wir in der jüngeren Vergangenheit zu sorglos, zu sehr überzeugt, dass die Grünen ja sowieso für die Frauen sind und daher keine extra Anstrengungen nötig sind. Das ist offensichtlich nicht so. Aber es lässt sich ändern. Nächstes Jahr sind Wahlen. Ich bin da sehr optimistisch.

Ruth Bollinger
Redaktionsmitarbeiterin

INTERVIEWS

FRAUEN: VISIONEN UND HANDLUNGSBEDARF

Die Redaktion hat den drei Präsidiumsmitgliedern Maurus Frey, Irina Studhalter und Hannes Koch die folgenden Fragen gestellt, die sie jeweils unabhängig voneinander beantwortet haben:

1. Was denkst du, ist die Vision von jungen Frauen für die Zukunft in Bezug auf die Stellung der Geschlechter?

Maurus: Gleichstellung, Chancengleichheit und keine Diskriminierung. In allen Lebensbereichen.

Irina: Wir sind schon weit gekommen, aber wir sind noch nirgends.

Eine geschlechterblinde Welt, das wünsche ich mir. Eine Gesellschaft, in der Geschlecht eine genauso winzige Rolle spielt wie heute die Haarfarbe. Wo in erster Linie Menschen gesehen werden, wo das, was man zwischen den Beinen hat, uns kein Bild in den Kopf zaubert, wie eine Person zu reden, zu gehen, zu sein hat. Wer weiblich sein will, soll weiblich sein können – ohne jegliche Erwartungen. Wenn wir das schaffen, dann haben wir nicht nur viel Gleichstellung erreicht. Dann haben wir eine völlig neue Freiheit gewonnen.

Hannes: Da erlebe ich eine sehr grosse Bandbreite. Ich erlebe im freundschaftlichen, beruflichen und politischen Umfeld immer wieder grosses Engagement von jungen Frauen, denen die Gleichstellung der Geschlechter wichtig ist und die sich dafür einsetzen. Wenn ich aber die Interviews der heute 18-jährigen Millennium-Babys anschau, lese ich auf die Frage nach ihrem Traum oft die Antwort «Kinder, am liebsten zwei».

2. Was denkst du, wie junge Frauen die aktuelle Situation in Bezug auf Geschlechterfragen, Gleichstellung, Diskriminierung etc. erleben?

Maurus: Ich sehe, dass der Frauenanteil bei den gewählten Kantonsräten zwischen 1972 bis 1995 von vier auf etwas über 30% zugenommen hat. Seither ist aber kein solcher Aufwärtstrend mehr erkennbar. Aus meiner Sicht repräsentiert dies auch den Wandel welcher dieses Thema in der Aufmerksamkeit und Umsetzung durch unsere Gesellschaft in den letzten Jahren erlebt hat. Die Gleichstellung der Geschlechter war in meiner familiären und schulischen Erziehung ein präsent Thema und immer auch ein zu erringender Wert. Ich

dachte: «Chancengleichheit für Mann und Frau? Das können wir!» Kaum war ich aus Studi- und Zivileben raus, rieb und reibe ich mir die Augen. Ich habe den Eindruck, dass vieles «verlernt», vergessen und nicht weiter gegeben wird. Gemeinsam mit anderen Gesellschaftswerten wird das Rad der Gleichstellung in vielen Köpfen zurückgedreht und in den anderen bleibt es stehen.

Einer jungen Frau, welcher die eingangs erwähnten Fragen wichtig sind, mag sich in der heutigen Situation wohl der Magen drehen: Keine Lohngleichheit für gleiche Arbeit und ein generell tieferes Lohnniveau für Branchen mit hohen Frauenanteilen. Männer überall, die sich alles zutrauen, und Frauen, die vielfach verzichten.

Irina: Von meinem grossen Wunsch sind wir noch meilenweit entfernt. Manchmal verliere ich ihn fast aus den Augen von hier aus. Wenn Witze über Sexarbeit gemacht werden. Wenn mir jemand ins Wort fällt und laut jene Idee präsentiert, die ich gerade noch erzählen wollte. Wenn ich zwar über Kopfschmerzen, aber nicht über Menstruation reden kann. Wenn ich müde bin vom ständig auf der Hut sein, sei es in Sitzungen oder beim Tanzen. Am allermeisten dann, wenn ich feministische Anliegen verteidigen muss, weil mein Gegenüber die strukturelle Ungleichheit negiert. Dann versuche ich mich umzudrehen. Der Weg bis hier hin ist schon ewig lang – und er lässt mich als junge Frau Politik machen, bewahrt mich vor der Hochzeitsfrage und lässt mir viele Entscheidungen offen.

Hannes: Ich kenne junge Frauen, welche sich mit diesem Thema auseinander setzen, sich enervieren und engagieren. Wiederum andere, welche sich an sehr traditionellen Bildern orientieren. Dazwischen sind diejenigen, welche sich des Themas nicht bewusst sind und, wenn sie in eine Diskussion eingebunden werden, etwas Feuer fangen. Das gefällt mir, da ist Bewegung möglich.

3. Was denkst Du, wo junge Frauen Handlungsbedarf sehen bei der Grünen Partei Luzern?

Maurus: Der Frauenanteil bei uns Grünen, auf unseren Listen und in den Parlamenten ist konstant hoch. Das Thema ist uns seit jeher wichtig und nimmt in unserer grünen Polit-DNA einen grossen Platz ein. Doch darauf können wir uns nicht verlassen und schon gar nicht ausruhen. Frauen fördern ist vielschichtig und sehr anspruchsvoll, weil es auf sehr vielen Ebenen gemacht werden muss. Wir brauchen weiterhin starke Frauen in Vorbildrollen. Das erreichen wir, wenn wir weiterhin Frauen unterstützen, hervorheben und auch bevorzugen. Das Thema hat nicht nur auf unseren Wahlflyern einen prominenten Platz verdient, sondern auch weiterhin in unseren Diskussionen und Entscheidungen innerhalb der Partei. Und: Frauen brauchen manchmal

mehr Zuspruch als Männer, wenn sie sich überlegen, sich politisch zu engagieren. Sie sind so sozialisiert worden, dass sie alles perfekt machen müssen. Der Druck ist immens grösser als bei den Männern. Deshalb braucht's ein Umdenken: Gut ist besser als perfekt!

Irina: Mein Wunsch – und meine Frustration – machen nicht halt vor der Grünen Partei. Auch wir sind schon einen weiten Weg gegangen, aber noch lange nicht den ganzen. Wenn wir die strukturelle Diskriminierung von allen, die nicht dem erwarteten Männlichkeitsbild entsprechen, bekämpfen wollen, dann müssen wir sehr tief graben – das Patriarchat versteckt sich ganz weit unten bei den tiefsten Wurzeln. Dann reicht es nicht, wenn in einem Gremium gleich viele Frauen wie Männer sind. Dann müssen wir das Augenmerk darauf richten, wie Entscheide gefällt werden, wie unsere Diskussionskultur ist, welche Themen wir bearbeiten und vor allem wie wir sie bearbeiten, wie unsere Parteistrukturen funktionieren, welche Art von Politik wir machen wollen und welche wir tatsächlich machen. Wir müssen unsere ganze Organisation auf den Kopf stellen.

Hannes: Ich bin überzeugt, dass die Grüne Partei sich dem Thema der Geschlechterstellung weiterhin annehmen muss und die jungen Menschen ermuntern, sich politisch zu engagieren. Sei dies in einer Ortsgruppe, in einem Parlament oder in der Regierung. Diesbezüglich müssen wir eine gute Grundlage anbieten. Wie auch immer, bitte jeweils Abstimmen gehen und die Freundinnen und Freunde dazu auffordern!

Aus Anlass des Internationalen Frauentages
am 8. März:

Samstag, 3. März 2018

TRANSKULTURELLES FRAUENFEST

16:00 – 20:00 Uhr, Paulusheim, Luzern, Bushaltestelle Paulusplatz, Linien Nr 1, 20, 14, und 11

Von 13 – 15.45 finden 2 Workshops statt.

Programm: Essensbuffet, Youtubedisco, Kinderecke, Bühnenprogramm, Frauen unter Frauen

Für das Fest werden noch HelferInnen gesucht. Auch kulinarische Beiträge sind willkommen (Kuchen, Brötchen etc.). Interessierte melden sich bitte bei sekretariat@gruene-luzern.ch

ÜBERPARTEILICHE VERANSTALTUNG

AB IN DIE POLITIK!

«Frauen Luzern – Politik», eine Gruppe von Politikerinnen aus jeder Kantonsratspartei, will Frauen für Politik begeistern. Mit verschiedenen Anlässen soll dieses Ziel erreicht werden.

Nach wie vor sind Frauen in der Politik und Wirtschaft wenig vertreten – auch auf den verschiedenen politischen Stufen im Kanton Luzern! Viele Frauen haben Respekt vor der Politik. Sie trauen sich wenig zu. Diese Bedenken vor einem politischen Amt will «Frauen Luzern – Politik» den Frauen nehmen. Denn es ist wichtig, dass mehr Frauen in der Politik aktiv werden. Wir wollen den Frauenanteil der Kandidatinnen bei den kantonalen und nationalen Wahlen 2019 sowie bei den kommunalen Wahlen 2020 erhöhen.

Doch wie? Mit spannenden Anlässen soll die Lust auf Politik geweckt und gezeigt werden, wie vielfältig Frauen engagiert sind.

Der Auftakt findet am 22. März 2018 um 18 Uhr im Hotel Schweizerhof, Luzern statt: Ein Podium mit Politikerinnen und einem Input-Referat von Bundesrätin Doris Leuthard. Sie diskutieren das Thema «Luzerner Frauen machen mobil – Herausforderung Verkehr im Kanton Luzern» und berichten aus dem aktuellen politischen Geschehen. Für uns Grüne wird Korintha Bärtsch, Grossstadträtin Luzern, teilnehmen. Der Anlass ist öffentlich. Motiviert also euer Umfeld – Frauen und Männer – und kommt vorbei!

Am 22. August 2018 organisiert «Frauen Luzern – Politik» verschiedene Workshops von und für Frauen. Wer an Politik interessiert ist, wer motiviert ist, sich und seine Meinung einzubringen, jedoch noch nicht überzeugt ist, ob ein politisches Engagement das richtige ist, kann sich an diesem Abend unverbindlich mit Frauen über Wege, Chancen und Engagement in der Politik austauschen.

Bist du interessiert oder kennst interessierte Frauen? Termin vormerken, Werbung machen, an den Anlässen teilnehmen. Wir freuen uns auf dich – und auf viele Frauen in der Politik!

Katharina Meile
Alt Kantonsrätin, Vorstand Grüne Luzern



Die Herausforderung Verkehr im Kanton Luzern betrifft uns alle. Das Berufspendeln, das Carparking-Problem, die Anbindung an den Taktfahrplan, der Bypass, die Veloförderung, der Durchgangsbahnhof – zahlreiche Verkehrsthemen stehen im Fokus der aktuellen politischen Diskussion. Nicht zuletzt auch die Frage: Wie viel Mobilität ist überhaupt nötig?

Luzerner Frauen machen mobil - Donnerstag, 22. März 2018

18.00 Uhr: Keynote von Bundesrätin Doris Leuthard

Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Anschliessend Podiumsgespräch mit:

- Korintha Bärtsch, Grossstadträtin Grüne Luzern
- Manuela Jost, Stadträtin und Baudirektorin, Luzern
- Natalie Rickli, Präsidentin Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen des Nationalrats 16/17
- Jasmin Stutz, Mitinhaberin Goldschmied Stutz, Vorstand Business Professional Women



Moderation:
Jérôme Martinu, Chefredaktor Luzerner Zeitung

Dauer der Veranstaltung:
18-20 Uhr, anschliessend Apéro

Anmeldung unter:
www.frauen-luzern-politik.ch





Lasst uns aus der Rolle fallen,
auf dass wir aus der Falle rollen.

Leitspruch am Frauenstreiktag 1994 «Wenn Frau will, steht alles still».
Ursprünglich von Virginia Satir

JA ZUR BUNDESFINANZORDNUNG

Die Vorlage über die Bundesfinanzordnung ist ohne Alternative: Der Staat muss finanziert sein. Das kann nur ein Ja bringen.

Heute können die wichtigsten Finanzierungsquellen des Bundes, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer, nur auf Zeit eingezogen werden. Sie sind bis 2020 befristet. So steht es in der Bundesverfassung. Aus diesen beiden Steuern kommen gut 60 Prozent der gesamten Erträge.

Wenn die etwas über 20 Mrd. Franken an direkter Bundessteuer und die 22,5 Mrd. Franken an Mehrwertsteuer/MwSt – Zahlen von 2015 – nicht wegfallen sollen, müssen deshalb Volk und Stände die Kompetenz zu deren Erhebung verlängern. Dazu gibt es für die grosse Mehrheit der Bevölkerung keine Alternative. Denn ein Staat ohne Einnahmen kann keine Aufgaben erfüllen. Er kann nicht ökologisch handeln, er kann nichts sozial ausgleichen.

MwSt und direkte Bundessteuer sind in der Bevölkerung akzeptiert und in der Verfassung abgestützt. Eine Reihe mit diesen Steuern verbundene Ausgaben wurde in Volksabstimmungen bejaht, z. B. Fabi. Dem Finanzierungsfonds für die Eisenbahnen fliessen 0,1 % MwSt zu. Mit dem Ja hat die Bevölkerung auch die Erhebung dieser Steuer gutgeheissen. Oder Artikel 128 Abs. 3 der Verfassung, er regelt den Ausgleich der kalten Progression. Eine kalte Progression muss nur ausgeglichen werden, wenn die direkte Bundessteuer erhoben wird. Das sagt uns aber noch etwas: Es gibt nur eine kalte Progression, wenn es überhaupt eine Progression gibt. Das ist interessant, weil Exponenten der politischen Rechten die Rechtmässigkeit einer Steuerprogression zu unrecht immer wieder bestreiten.

Die Fraktion der Grünen war für eine künftig unbefristete Lösung. Denn der Staat muss generell finanziert sein. Der Grossteil der Bevölkerung versteht das, zumal es keinen Ansatz für eine andere, mehrheitsfähige Finanzordnung im Land gibt. Das hat die Parlamentsmehrheit abgelehnt, weil die Befristung der Ausgaben disziplin diene. Doch der Appell gilt nur dem Parlament; denn es gibt auf Bundesebene kein Finanzreferendum. Es gelte zudem, immer wieder die Lage zu überdenken. So hatte es auch das letzte Mal, vor 12, 13 Jahren getönt, als die Bevölkerung im Verhältnis 3:1 ja sagte. Seither unterbreitete niemand eine mehrheitsfähige Idee, wie eine Finanzarchitektur ohne direkte Bundessteuer und ohne MwSt aussehen könnte – auch jetzt nicht.

Es geht daher noch um anderes. Die Parteien CVP, FDP und SVP zeigen der Bevölkerung, dass in der Politik nichts selbstverständlich ist. In der Tat ist das Erheben namentlich der direkten Steuern eine Errungenschaft. Sie soll immer wieder neu bestätigt werden müssen. Das sagt niemand so, aber auch deshalb muss abgestimmt werden. Die Disziplinierung der Bevölkerung ist den genannten Parteien eine (teure) Volksabstimmung wert, ein Demokratiegewinn wird nicht erwartet.

Fazit: Mangels einer Alternative gilt es zu sichern, was gesichert werden kann: Die Fortführung der geltenden Finanzordnung in den kommenden 15 Jahren.

Louis Schelbert, Nationalrat

**Volksabstimmung vom 4. März 2018
zur Bundesfinanzordnung**

JA



AUS SICHT DER BETROFFENEN

NO-BILLAG = NO INCLUSION ODER SINNESBEHINDERTE AUSGESCHLOSSEN

Was für ein sinniger Titel für diese Initiative. No-Billag heisst auch, Untertitel, Gebärdensprachensendungen und Audiodeskriptionen werden nach Annahme dieser Initiative ausfallen, oder No Inclusion für Sinnesbehinderte. Diese Angebote erlauben es aber Menschen mit Sinnesbehinderungen – Blinde- und Sehbehinderte, Schwerhörige und Gehörlose – am reichhaltigen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Heute wird die Hauptausgabe der Tagesschau zusätzlich auf SRF Info in Gebärdensprache übersetzt, für Blinde und Sehbehinderte erstellt SRF sogenannte Audiodeskriptionen, eine laufende Beschreibung des Filmablaufs. In den letzten Jahren hat die SRG ihre Angebote für Seh- und Hörbehinderte ausgebaut. 2014 wurden fast 52 Prozent der Sendezeit mit Untertiteln ausgestrahlt und auch auf SRF 2 wurde fast die Hälfte mit Subtext versehen.

Vor kurzem unterzeichneten sechs Verbände aus dem sinnesbehinderten Bereich ein Abkommen für die Jahre 2018 bis 2022. Danach wird die SRG bis 2022 45'000 Stunden, bzw. 80 Prozent der Sendungen untertiteln,

heute sind es rund 30'000 Stunden. Bei den gebärdeten Inhalten werden 1000 Stunden – im Vergleich 440 Stunden heute – angestrebt. Gegenüber den heute 420 Stunden an audiodeskriptierten Inhalten sollen es bis 2022 900 Stunden sein. Der finanzielle Aufwand steigt von 9,5 Millionen (2016) auf 17 Millionen Franken im Jahre 2022.

Die solidarische Finanzierung über Gebühren, welche in einer Volksabstimmung akzeptiert wurde, ist wichtig für den barrierefreien Zugang zu den SRG-Programmen. Sie sorgt dafür, dass die SRG die gesamte Gesellschaft, (seien es Sprachminderheiten, entlegene Regionen, Menschen mit Sinnesbehinderungen) als Auftraggeber versteht und das Gemeinwohl nicht aus den Augen verliert.

Private Anbieter haben in der Vergangenheit versagt, nur die SRG stellt solche Leistungen für die Integration für sinnbehinderte Menschen zur Verfügung.

Heinz Bähler
Nationaler Delegierter

NO-BILLAG

R.I.P. RADIO 3FACH (1998 – 2018)

20 Jahre alt ist es geworden, das erste Jugendradio Europas. Ein stolzes Alter – immerhin ist Radio 3FACH erwachsen geworden, hat sich emanzipiert von seinen Eltern, ist sehr selbständig geworden, seine Leistungen haben sich wirklich blicken lassen. Finanziell stand Radio 3FACH aber nie ganz auf eigenen Beinen. Deshalb war die No-Billag-Initiative der Todesstoss.

Daumen drücken, dass es nicht so weit kommt. Das hier ist die Erinnerung daran, dass No-Billag nicht nur auf die SRG abzielt. Ein kleiner Teil der Radio- und Fernsehgebühren fliesst zu sogenannten UNIKOM-Radios: 18 nicht-kommerzoriente Radiostationen. Jede davon funktioniert ganz anders und hat einen anderen Schwerpunkt. Alle davon tragen jedoch massgeblich zur Medien- und Meinungsvielfalt der Schweiz bei.

Das Radio 3FACH finanziert sich etwa zur Hälfte vom Gebührensplit – jeder Haushalt bezahlt 20 Rappen jährlich ans 3FACH. Als Gegenzug hat das Radio einen Leistungsauftrag: das Programm muss sich thematisch, kulturell und musikalisch abheben sowie für ein junges Publikum sein. Gleichzeitig ist Radio 3FACH werbefrei.

Wenn die NoBillag-Initiative angenommen wird, dann bleibt es still auf dem Sender. Damit versiegt eine der wichtigsten Info- und Austausch-Quellen vom Luzerner Kulturschaffen.

Wenn diese Argumente noch nicht reichen: Ohne 3FACH keine Anic Lautenschlager, kein Dominic Deville, kein Funk am See-Festival, kein Ausbildungsradio ...

Irina Studhalter
Vizepräsidentin Grüne Kanton Luzern

No-Billag-Initiative



KANTONALE ABSTIMMUNG

INITIATIVE «ZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE» ABSTIMMUNG AM 4. MÄRZ 2018



WAS WILL DIE INITIATIVE?

Die Initiative der SP Luzern beinhaltet drei Hauptforderungen; nämlich die Abgabe von Bauland oder Liegenschaften, welche im Besitz des Kantons sind, an gemeinnützige Wohnbauträger, die Einführung des Vorkaufrechts von Kantonsgrundstücken für Gemeinden und die Schaffung eines Wohnraumfonds.

IST DAS ANLIEGEN BERECHTIGT?

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist alles andere als entspannt. Auch wenn keine generelle Wohnungsknappheit besteht, mangelt es doch an bezahlbarem und geeignetem Wohnraum für Familien, alleinerziehende Eltern, ältere und behinderte Menschen sowie Personen in Ausbildung. Die vielen Wohnungen, die zurzeit im Kanton Luzern gebaut werden, sind vielfach im teuren Segment anzusiedeln.

Bereits 2013 hat eine Umfrage zur Wohnungspolitik in Städten und Gemeinden aufgezeigt, dass fast 80 Prozent der Städte die Wohnungsmarktlage auf ihrem Gebiet als angespannt bezeichneten. Die Einführung des Vorkaufrechts von Bauland und Liegenschaften für die Städte und Gemeinden zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus, wurde von 60% der Zentralschweizer Städte und Gemeinden als zweckmässige Massnahme beurteilt.

ANDERE KANTONE MACHEN'S VOR

Die Kantone Genf, Neuenburg und Waadt haben reagiert und unter anderem ein generelles Vorkaufsrecht für die Gemeinden rechtlich verankert. Das fehlende Bauland ist für die Wohnbaugenossenschaften das grösste Hindernis, um mehr bauen zu können. Mit einem Vorkaufsrecht für die Gemeinden kann der Kanton Abhilfe schaffen. Will jemand ein Grundstück verkaufen, so kann die öffentliche Hand dieses zum selben Preis kaufen, zu dem ein Dritter dieses gekauft hätte. Der Verkäufer erleidet also keine Einbusse.

REGIERUNG UND PARLAMENT SEHEN KEINE NOTWENDIGKEIT.

Der Luzerner Regierungsrat ist der Meinung, dass eine allgemeine Senkung der Mietpreise stattfindet. Die Gegner argumentieren, dass es bereits heute möglich sei, dass der Kanton Land für gemeinnützigen Wohnungsbau verkaufen kann. Deshalb stimmte das Parlament ohne Gegenvorschlag gegen die Initiative.

DIE POSITION DER GRÜNEN

Die Realität bei den Mietzinsen ist eine andere, als dies die Regierung darstellt. Tatsächlich sind zwar die Preise der neu ausgeschriebenen Wohnungen leicht gesunken, diese sind aber in den letzten 10 Jahren um 30 Prozent gestiegen. Und alle anderen Mieten von bestehenden Wohnungen steigen stetig.

Das Argument, dass das Anliegen der Initiative heute bereits erfüllt sei, stimmt nicht. Insbesondere fehlen heute jegliche finanziellen Mittel zur Wohnraumförderung. Der gemeinnützige Wohnungsbau setzt einen Gegenpol zum renditeorientierten Wohnungsmarkt und lässt seine Mieter von den tiefen Hypothekarzinsen profitieren.

Die Initiative ist zu unterstützen, und dennoch hätten wir Grünen Kantonsrätinnen und -räte uns gewünscht, dass das Vorkaufsrecht nicht nur auf Grundstücke im Besitz des Kantons begrenzt wird. Denn es gibt nicht mehr viele kantonale Grundstücke, die sich für den Wohnungsbau eignen. Unser Gegenvorschlag mit dieser Forderung wurde im Parlament aber praktisch diskussionslos abgelehnt.

Christina Reusser
Kantonsrätin

Initiative
«Zahlbares Wohnen für alle»



AUS DEM KANTONS RAT

WER ZAHLT FÜR DIE KATASTROPHALE FINANZPOLITIK DER BÜRGERLICHEN?

Die Grüne Fraktion hat in all den Jahren im Kantonsrat **unzählige Vorstösse zu einer gendergerechteren Politik und Verwaltung** eingereicht. Im Kasten unten eine unvollständige Auswahl der letzten Jahre.

Speziell möchte ich auf die im März 2010 eingereichte Motion eingehen, welche eine **geschlechtergerechte Budgetpolitik** unter dem Aspekt der seitherigen Abbaumassnahmen forderte. Die Finanzpolitik des Kantons folgt vermeintlich einer neutralen Optik. Ausser Acht gelassen wird jedoch, dass die Ausgaben- und Abbaupolitik unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie auch Frauen und Männer hat, da die Lebensrealitäten nach wie vor ungleich sind. Dies wurde übrigens schon Mitte 90er Jahre in einer Studie nachgewiesen («An den Frauen Sparen. Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen» von Tobias Bauer und Beat Baumann. Bern 1996). Die Grüne Fraktion forderte einen Bericht, in welchem darzulegen gewesen wäre, welches die Verteilungswirkungen der Staatsausgaben und -einnahmen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Kriterien sind. Dieser Bericht sollte als Grundlage für eine zukünftige geschlechtergerechtere Budgetierung dienen. Auch dieser Vorstoss wurde abgelehnt.

Doch auch ohne die genaue Analyse eines solchen Berichtes und mit einem Blick auf die Abbaumassnahmen der letzten Jahre im Kanton Luzern wird klar, dass wohl die Frauen überproportional unter der katastrophalen Finanzstrategie der bürgerlichen Kantons- und Regierungsräte ächzen müssen. Sie müssen berappen, was die Unternehmer und Vermögenden sich gutschreiben können, unter anderem weil überproportional viele Frauen im Schulwesen tätig sind. Hier sind bekanntlich einschneidende Abbaumassnahmen umgesetzt worden wie die Zwangsferienwoche, Streichung des Dienstaltersgeschenkes, Erhöhung der Pensen, Redimensionierung von Schulungsangeboten (BIZ, 10. Schuljahr, Brückenangebote, Freifächern) und die Erhöhung der Schulkosten und Musikschulbeiträge. Auch beim Abbau der Behindertenbetreuung sind viele weibliche Arbeitskräfte und Familienfrauen betroffen. Nicht zuletzt auch bei den Kürzungen der Prämienverbilligung ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass überproportional viele alleinerziehende Frauen betroffen sind. Wir Grünen sind einmal mehr nicht durchgedrungen mit unserer Forderung nach Transparenz, hier in Bezug auf «wer zahlt und wer profitiert von der miserablen Luzerner Finanzstrategie».

Um nun den Luzerner Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen, braucht es dringend eine Anpassung des Steuergesetzes, damit alle ihren Anteil an die Konsolidierung der Kantonsfinanzen beitragen. Das angepasste Steuergesetz muss verfassungskonform sein, wonach Alle (natürliche und juristische Personen) entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern bezahlen. Dieser Verfassungsartikel wird mit dem aktuellen Steuergesetz nicht erfüllt. Deshalb haben wir Grünen bereits im Juni 2017 eine Motion eingereicht, welche die Revision des Steuergesetzes fordert. Dieses soll gerechter und sozialer ausgestaltet werden. Anpassungen sind insbesondere nötig bei den Vermögenssteuern, der Progression der Einkommenssteuern, der Unternehmenssteuer und der Dividendenbesteuerung. Damit soll wieder eine gerechtere, auch geschlechtergerechtere, Finanzpolitik umgesetzt werden.

Monique Frey, Kantonsrätin

- Anfrage über die Lohnstruktur und Lohnungleichheit
- Motion über eine die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freiwilligenarbeit fördernde Ausschreibungspraxis im Vollzeitstellenbereich
- Motion über eine geschlechtergerechte Budgetpolitik
- Postulat über eine gender- und alltagsgerechte Zusammensetzung von Bau-, Planungs- und Raumplanungsgremien
- Motion über die Anpassung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen
- Anfrage über die Auswirkung der Besteuerung und Kosten für Krippenplätze auf die Erwerbstätigkeit von Frauen
- Postulat über die Beteiligung am Lohngleichheits-Dialog
- Postulat über die Änderung von § 44 Absatz 1 für 16 Wochen Schwangerschaftsurlaub
- Anfrage über Frauenhandel im Kanton Luzern
- Postulat über «Fit für das politische Parkett»
- Motion über die Förderung der gemeinsamen Führungsverantwortung (Topsharing)
- Postulat über die Reduktion des Beschäftigungsgrades nach der Geburt oder einer Adoption
- Anfrage über die Gleichstellung von Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung
- Postulat über die Erstellung einer vertieften Bedarfsanalyse zur Situation von gewaltbetroffenen Frauen im Kanton Luzern
- Postulat über die Unterzeichnung der Charta «Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor»

30 JAHRE GRÜNE LANDSCHAFT

GRÜNER ESSEN – JUBILÄUMSVERANSTALTUNG GRÜNE WILLISAU

Ein anregender Anlass zum Thema Ernährung und solidarischer Landwirtschaft mit einem grossen Publikum über die Parteigrenzen hinweg.

Zur Eröffnung des Abends führten die Moderatorinnen Verena KleeB und Cristina Gäumann die rund 150 anwesenden Personen in das Thema «grüner Essen» ein. Der Brennpunkt Ernährung vereinigt Kernanliegen der Grünen – Ökologie – Solidarität – faire Arbeitsbedingungen – sozialer Ausgleich. Bettina Dyttrich, Redaktorin der WOZ und Autorin des Buches «Gemeinsam auf dem Acker» zeigte im Referat zur solidarischen Landwirtschaft und Agrarpolitik informativ auf, wie diese entstanden ist, welche verschiedenen Strömungen es gibt und wie sie in exemplarischen Projekten umgesetzt wird. Im letzten Teil ihrer Ausführungen benannte sie politische und gesetzliche Hindernisse, welche einen Wandel in Richtung ökologischere und solidarischere Landwirtschaft erschweren oder gar verhindern. Hier gilt es, dran zu bleiben und diese abzubauen.

Sehr aufbauend war der anschliessende Infomarkt. 14 mehrheitlich regionale Projekte zum Thema «grüner Essen» und solidarischer Landwirtschaft wurden vorgestellt – Angebote von Gemüseabos oder Geisskäse aus dem Napfgebiet über Permakultur hin zu Holzbau, aber auch eine neue solidarische Schokolade, Sprossenabbau, Food Waste, globale Aktivitäten und einige mehr.

Die Ziele der Veranstaltung, nämlich nachhaltige Projekte bekannt zu machen, Vernetzung und Austausch zu ermöglichen, Hintergründe zu vermitteln sowie neue Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen wurden auf eine sehr begeisterte Art erreicht.

30 Jahre Grüne Landschaft mit Gästen zu feiern ist gelungen. Ein wirklich toller Anlass mit grosser Ausstrahlungskraft.

Esther Müller
Präsidentin Grüne Willisau



AUS DEM GROSSEN STADTRAT

AKTUELLES



Mitglieder der Grünen Fraktion im Grossen Stadtrat im Sommer 2017. Anstelle von Laurin Murer vorne im Bild vertritt seit Herbst 2017 Irina Studhalter die Jungen Grünen.

WELCHEN TOURISMUS BRAUCHT LUZERN?

Mit einer Motion «Vision Tourismus 2030» lancierten Korintha Bärtsch und Christian Hochstrasser eine kontroverse Diskussion über die Steuerung des Luzerner Tourismus. Ob Beschränkungen von Carparkplätzen oder bei Hotelbetten und AirBnB-Angeboten: Eine Auseinandersetzung der Politik mit dem Tourismus der Zukunft scheint uns wichtig, um den Tourismus in Luzern aktiv in Richtung Nachhaltigkeit mitzusteuern.

HALLENBADPREISE SENKEN!

Im Rahmen der neuen Leistungsvereinbarung mit der Hallenbad Luzern AG forderten die Grünen, die heutigen Preise (Einzeleintritt CHF 12) auf unter CHF 10 zu senken. Für viele Leute ist der Eintritt zu teuer und damit ein entscheidender Grund, weshalb sie aufs Schwimmen verzichten. Ein Postulat von Marco Müller fordert nun erschwingliche Eintrittspreise auf dem Niveau anderer Städte.

AUTOBAHNAUSFAHRT AM KASERNENPLATZ SCHLIESSEN

Die in den 70er-Jahren eröffnete Autobahnausfahrt ist städtebaulich und verkehrsplanerisch für die Innenstadt eine Katastrophe. Gerne würden wir zwar das Rad der Zeit zurückdrehen. Ein Projekt vom gleichen Zeitgeist liegt aber auch heute weiter in der Pipeline: Die «Spange Nord», welche die Quartiere massiv belasten würde. Die Grünen fordern mittels Motion provokativ, statt der geplanten 10-spurigen Autobahn mit Bypass und Spange Nord, zwar den 6-spurigen Bypass zu bauen, dafür aber die heutige Autobahn zwischen Seetalplatz und Eichhof zurückzubauen. Dies würde die Chance eröffnen, die Umgebung des Kasernenplatzes neu zu denken und zu gestalten.

ENGPÄSSE BEI DEN HORTPLÄTZEN BLEIBEN

Im Gegensatz zu anderen Städten hat Luzern im Bereich der schulischen Betreuung weiterhin grossen Nachholbedarf. Obwohl das Gesetz fordert, dass alle Kinder Anspruch auf einen Hortplatz haben, fehlen diese weiterhin. Noëlle Bucher forderte mit einer Motion, dass die Stadt wenigstens die Kosten für Alternativen übernimmt, wenn kein Hortplatz zur Verfügung steht. Doch das Parlament lehnte ab. Wir bleiben dran für bessere Betreuungsangebote.

ATOMAUSSTIEG – DÜRFTIGE ZWISCHENBILANZ

2011 wurde das Energie- und Klimareglement als Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative der Jungen Grünen beschlossen. Darin ist ein Ausstieg aus dem Atomstrom bis 2045 geregelt. Die Zwischenbilanz nach sieben Jahren sieht leider dürftig aus. Obwohl die ewl einzelne Massnahmen ergriffen hat, ist der Anteil von Atomstrom oder «von nicht überprüfbarer Herkunft» weiterhin bei über der Hälfte. Die Grünen kämpfen weiterhin für einen baldigen Ausstieg und eine ökologische Stromversorgung in der Stadt Luzern.

PARKHAUS MUSEGG, AUFWERTUNG DER INNENSTADT UND CARPARKIERUNG 2.0

Die Volksabstimmung vom kommenden September über die Parkhaus-Musegg-Initiative und den von den Grünen lancierten Gegenvorschlag (Eine attraktive Stadt ohne Parkhaus Musegg) beschäftigt die Stadtbevölkerung. Die Fraktion fordert den Stadtrat nun in einer Motion «Carparkierung 2.0» auf, die Thematik der Carparkierung separat davon in einem erweiterten Carparkierungskonzept zu analysieren und Vorschläge zu präsentieren, statt dies auch noch mit der laufenden Parkhausdiskussion zu vermischen.

Christian Hochstrasser
Grossstadtrat



JUNGGRÜNE PARLAMENTARIER/INNEN IM KANTON LUZERN

Politik findet überall statt. Zu Hause, auf der Strasse, in den Medien, in der Kneipe und natürlich in den Parlamenten, ein wichtiger Ort des politischen Geschehens. In drei von den vier Einwohnerräten, die es im Kanton Luzern gibt (Horw, Kriens, Emmen, Luzern), sitzen Mitglieder der Jungen Grünen. Doch wer sind diese Leute die unsere Haltungen dort vertreten?

In Kriens sitzt Raoul Niederberger (27) für die Jungen Grünen im Einwohnerrat. Er ersetzte Fabian Takacs, der im Februar 2016 zurück getreten ist. Bei den Wahlen im Mai 2016 konnte er seinen Sitz trotz Verkleinerung des Krienser Einwohnerrates verteidigen. Zwar kandidierte Raoul auf der Grünen Liste, dennoch ist er immer noch junggrünes Mitglied. Raoul arbeitet an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Luzern als wissenschaftlicher Assistent. Durch sein abgeschlossenes Studium bringt er viel nützliches Wissen in den Einwohnerrat. Von 2011-2013 war Raoul ausserdem im Vorstand der Jungen Grünen Kt. Luzern tätig.

Im Einwohnerrat von Emmen ersetzte Marco Huwiler (24) im März 2017 Jana Aregger, die nicht mehr in Emmen ansässig ist. Dort setzt er sich aktiv für nachhaltigen Verkehr und Raumplanung ein. Seit 2015 sitzt er in der Emmer Ortsplanungskommission. Passend zu seinen politischen Schwerpunkten studiert Marco Raumentwicklung und

Infrastruktursysteme an der ETH in Zürich. So war er auch an der Lancierung der Bodeninitiative in Emmen beteiligt, die ein Vorbild für die Bodeninitiativen in der Stadt Luzern und Hochdorf war. Zudem war er bis vor kurzem während mehreren Jahren im Vorstand der Jungen Grünen Kt. Luzern tätig.

Im September 2017 nahm Irina Studhalter (24) den Platz des zurücktretenden Laurin Murer ein. Sie studierte Politikwissenschaften und Soziologie in Luzern, aktuell arbeitet sie selbständig im Bereich Projektleitung und Kommunikation. So war sie zum Beispiel als Campaignerin für die Abstimmung zum Bedingungslosen Grundeinkommen tätig. Durch ihre Mitarbeit in der Malterser Bürgerrechtskommission, ihre Kandidatur für den Luzerner Regierungsrat 2015 sowie ihr Engagement als Co. Präsidentin der Jungen Grünen Kt. Luzern erlangte sie Bekanntheit im lokalen Politgeschehen. Es ist toll, dass durch euch grüne und vor allem junge Anliegen in die Einwohnerräte eingebracht werden können. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön für die Arbeit die ihr leistet. Wir wünschen euch viel Ausdauer und Kraft für die weiteren Jahre, vielleicht seid ihr ja bald nicht mehr alleine in euren Parlamenten.

Text: Jonas Heeb



GEMEINDE EMMEN

EINIGE ABSTIMMUNGEN UND EIN BÜRGERLICHES TRAUERSPIEL IN EMMEN

In Emmen haben wir gleich zwei neue Theater erhalten. Im Le Théâtre verbringen seit November viele Zuschauerinnen und Zuschauer einen vergnüglichen Musical-Abend mit nostalgischen Erinnerungen an die 90er Jahre. Das zweite Theater hatte die Uraufführung mit dem ersten Akt kurz später, im Dezember 2017.

Zwei FDPLer, ein SVPLer, ein CVPLer und eine SP-Frau haben im Emmer Gemeinderat ein Budget ausgearbeitet, welches eine Steuererhöhung um zwei Zehntel beinhaltete. Im Emmer Parlament haben die Parteien FDP und SVP, wie im Gemeinderat, gemeinsam eine Mehrheit. Trotzdem wollte das bürgerliche Parlament das vom rechts-bürgerlichen Gemeinderat ausgearbeitete Budget nicht einmal diskutieren.

Emmen steht jetzt nicht nur ohne Budget da, sondern auch ohne Plan, wie es nun weitergehen soll. Ohne Steuererhöhung wird es auch mit weiteren drastischen Sparmassnahmen kaum gehen. Der Gemeinderat hat wegen der Diskussionsverweigerung der Bürgerlichen im Parlament aber auch keine Anhaltspunkte was die Parteien denn genau möchten und was allenfalls mehrheitsfähig wäre.

Wir sind gespannt auf den nächsten Akt im bürgerlichen Trauerspiel, der Vorhang hierzu fällt dann wohl im Februar. Das symbolische Teufelchen auf der einen Schulter hofft auf weitergehende Selbstdemontage von FDP und SVP das Engelchen auf der anderen Schulter flüstert von der Hoffnung, dass doch noch Einsicht in die rechtsbürgerlichen _____¹ Köpfe kommt.

¹ Passendes Wort nach Gutdünken selbst einfüllen

JA ZUM NEUEN TRAKT BEIM ERLENSCHULHAUS

Auch ohne Budget-Abstimmung haben wir im März in Emmen einige Volksabstimmungen. Wohl am wichtigsten, aber erfreulicherweise zumindest im Parlament unbestritten, ist ein neuer Trakt beim Erlenschulhaus. Etwas unschön ist, dass es nur noch für eine Second-Hand Lösung (Modulbau) reicht. Diese, so ist verspro-

chen worden, sei qualitativ aber auf der Höhe. Wir Grünen glauben das und unterstützen diese für Emmen kostengünstige und aufgrund der Wiederverwertung von Modulen auch ökologisch sinnvolle Variante. Denn Emmen braucht dringendst neuen Schulraum.

NEIN ZUR UMZONUNG HERDSCHWAND

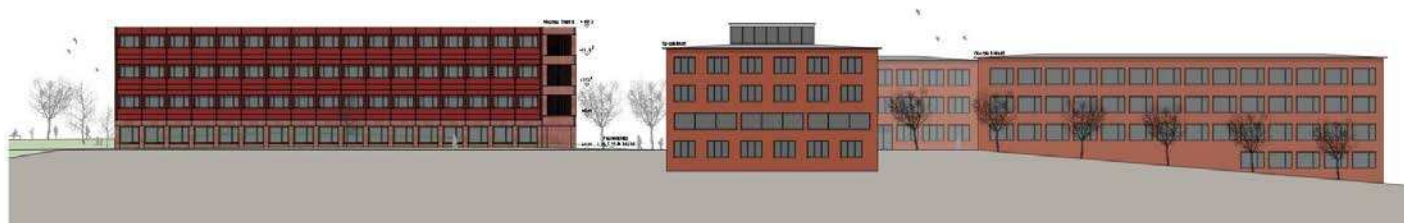
Auf unseren Druck fanden erstmals zeitgemässe Energievorschriften in einem Bebauungsplan Platz. Diese können aber nicht über die Defizite hinwegtäuschen. Die Überbauung schliesst direkt an den unzähligen 0815-Überbauungen der letzten Jahre an, welche nicht den erhofften finanziellen Segen brachten. Endlich soll auf qualitatives und nicht quantitatives Wachstum gesetzt werden, welches allen EmmerInnen zu gute kommt und nicht den Profit von Investoren durch die Gemeinde finanziert. Durch die Ausfälle im Finanzausgleich ist unklar ob überhaupt ein finanzieller Gewinn entsteht. Deshalb lehnen die Grünen den Bebauungsplan und die Umzonung ab.

NEIN ZUM ABRISS BETAGTENZENTRUM HERDSCHWAND

Unverständlich ist, dass die Gemeinde Emmen vor dem Verkauf auch noch für den Rückbau der bestehenden Gebäude 1.5 Millionen Franken raus werfen will. Der Emmer Gemeinderat hätte besser seriös an einem Plan für eine Zwischennutzung bis zur Neuüberbauung gearbeitet, als nun für eine möglicherweise jahrelang bestehende Baugrube verantwortlich zu sein. Für die Grünen ist es unverständlich, dass man nicht einmal den ernsthaften Versuch gemacht hat, die Gebäude des Betagtenzentrums zwischen zu nutzen.

Zuletzt steht noch eine Teiländerung der Gemeindeordnung auf dem Abstimmungsprogramm. Diese ist unbestritten und wegen des Nachvollzugs von kantonalen Gesetzen zur neuen Rechnungslegung notwendig.

Andreas Kappeler
Einwohnerrat Grüne Emmen



Fassade Schulhof 1210

RICHTIG IST, WAS MIR GEFÄLLT

Vom Umgang mit richtiger, falscher und gefälschter Information

Der Titel des Palavers ist ein Zitat aus einer Strassenumfrage zum Thema, wie denn im Internet richtige von falscher Information unterschieden werden könne. Für das Input Referat konnte die Palavergruppe den Journalisten und Juristen Dominique Strebel gewinnen, Studienleiter am Medienausbildungszentrum (MAZ) und Vorstandsmitglied des Recherche-Netzwerkes investigativ.ch. Dominique Strebel definierte zuerst einmal den Begriff Fake News als falsche Informationen, die wider besseres Wissen zu Propagandazwecken eingesetzt werden. Auf Social Media finden diese mehr Beachtung als True News in traditionellen Medien und immer mehr Menschen, vor allem Junge, erfahren News zuerst oder vor allem durch Social Media. Fake News sind einfach zu erstellen, werden von Social Media immer noch algorithmisch hoch gewertet und durch sogenannte Social Bots d.h. Programme, die menschliche Verhaltensmuster simulieren als (falsche) Accounts automatisch und gezielt verbreitet. Das geschieht durch die Sammlung und Analyse von NutzerInnendaten. Social Media bilden Filter Bubbles unter Gleichgesinnten: Ich erhalte nur noch Informationen, die in mein Weltbild passen. Dass wir Nachrichten von Freundinnen oder Freunden erhalten, die Nachrichten durch Bilder/Filme oder Zahlen/Grafiken untermauert sind und unsere Vorurteile bestätigen, verleitet uns dazu, Fake News für wahr zu halten: richtig ist, was mir gefällt.

Aus dem Input von Dominique Strebel entwickelte sich unter den rund 30 Teilnehmenden eine angeregte Diskussion über Social Media und Fake News. Dass die Social Media immer mehr Beachtung finden, ist eine Tatsache, um die wir nicht herum kommen. Zum einen sind wir deshalb gefordert, in diesem

Bereich präsent zu sein und uns für die Kontrolle und Regulierung der Social Media zu engagieren. Zum anderen ist aber vor allem Medienkompetenz gefragt. Es gibt klare journalistische Regeln für das Verfassen einer Nachricht: kein wirtschaftliches Interesse, Thema nach Relevanz ausgewählt (berechtigtes öffentliches Interesse), sowie mindestens zwei voneinander unabhängige Quellen, die genannt und überprüft worden sind. Eine Berichterstattung über ein Gerücht darf nur im Ausnahmefall stattfinden, nämlich wenn ein sehr hohes öffentliches Interesse besteht, der Verdacht oder das Gerücht als solche benannt werden, die pro und contra Argumente transparent dargestellt und Stellungnahmen eingeholt worden sind. Die Berichterstattung steht unter immer höherem zeitlichen Druck und Qualität kostet. Qualität muss uns aber auch etwas Wert sein.

Luzius Hafen
Palavergruppe



Bild: Amazon

PORTRAIT

JUDITH SCHMUTZ, JUNGE GRÜNE SCHWEIZ



Judith Schmutz ist seit Januar 2016 eines der Mitglieder des Präsidiums der Jungen Grünen Schweiz. Geboren wurde sie am 26. November 1996. Sie wuchs in der Seetaler Gemeinde Rain auf und besuchte die Kantonsschule Beromünster mit dem Schwerpunkt Latein; für Latein hatte Judith sich seinerzeit entschieden, weil sie gerne Sprachen hat. Voraussichtlich bis zum Jahr 2021 studiert sie zweisprachig Jura an der Universität Freiburg. Anschliessend wäre sie gerne im Bereich Internationales Recht, Menschenrechte oder Rechtsberatung tätig.

Bevor Judith ins Präsidium gewählt wurde, war sie als freiwillige Helferin bei der Caritas tätig. An diesem Engagement schätzte sie es am meisten, andere Kulturen kennenzulernen und Menschen mit Deutschkenntnissen zu unterstützen. Ihr spezielles Ziel in diesem Bereich war es, asylsuchenden Personen zu ermöglichen, Deutsch lernen zu können. Nur wenn man die Sprache beherrscht kann man sich wohlfühlen und integrieren.

Was sie an ihrer Tätigkeit im Präsidium am meisten schätzt, ist die Interaktion mit anderen Parteien und Personen, sowie das Betreuen verschiedener Projekte.

Eines der Ziele, das Judith auf der politischen Ebene hat, ist, die Jungen Grünen auf allen Sektionen auszubauen sowie verstärkte interne Bildung mit zum Beispiel Workshops oder Podien. Bereits erreicht wurden ein guter Zusammenhalt der einzelnen Mitglieder und starke Strukturen.

In ihrer Freizeit betreibt Judith gerne Urban Gardening, sie lacht immer wieder gerne und mag es, mit Freunden unterwegs zu sein.

Zwei literarische Texte, die sie sehr schätzt, sind «Die Verwandlung» von Franz Kafka und «Der schwarze Obelisk» von Erich Maria Remarque. Anhand der surrealen Erzählung «Die Verwandlung» kann man laut Judith erkennen, wie sich die Gesellschaft verändert und mit ihr das Individuum. Den «schwarzen Obelisk» schätzt sie wegen des «schwarzen» Humors.

Fabio Banz

— ANZEIGE —

ab 1. Februar
MACHINES
von Rahul Jain

ab 1. Februar
**LA NOVIA DEL
DESIERTO** von C. Atán

ab 15. Februar
**EX LIBRIS –
The New York
Public Library**
von Frederick Wiseman

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm _ www.stattkino.ch

s t a t t k i n o

ab 1. März
FAVELA OLYMPICA
von Samuel Chalarid

ab 1. März
MOBILE HOMES
von Vladimir De Fontenay

ab So, 11. März
**CLARA HASKIL –
Der Zauber
des Interpreten**
von Pascal Cling, Prune Jaillet
und Pierre-Olivier François

ab Mi, 14. März
**DAS ERSTE
UND DAS LETZTE**
von Kapar Kasics

ab 15. März
**UNDER
THE SUN**
von Vitaly Mansky

ab 23. März
**A LONG WAY
HOME**
von Luc Schaedler

ab 29. März
**ET AU PIRE
ON SE MARIERA**
von Lea Pool

ab 5. April
LIEBE AUF SIBIRISCH
von Olga Delane

ab 12. April
AVANT LA FIN DE L'ÉTÉ
von Maryam Goormaghtigh

ab 12. April
CUORI PURI
von Roberto De Paolis

ab 26. April
CHINA'S VAN GOGHS
von Haibo Yu und Tianqi Kiki Yu

stattkino im Bourbaki Panorama Luzern _ **Reservationen: 041 410 30 60**

GEDANKEN ZUM SCHWERPUNKTTHEMA



Als politisch nicht aktive Person und ohne Parteizugehörigkeit stelle ich mir die Frage, aus welchem Grund wir eine Diskussion bezüglich der Geschlechterverteilung führen müssen? Die Politik regelt das Gemeinwesen und sollte in einer Demokratie die Interessen der gesamten Gemeinschaft berücksichtigen. Die Politik betrifft und beeinflusst alle in dem entsprechenden Staat lebenden Menschen. Frau und Mann gleichermaßen. Wie können einzelne Menschengruppen über

andere entscheiden, ohne deren Stimmen ausreichend zu berücksichtigen? Wieso können die politischen Inhalte des weiblichen Teils der Gesellschaft nicht mittels Interessenvertretung in die Entscheidungsfindung einfließen?

Wenn beispielsweise ein Gebäude geplant wird, ist es auch selbstverständlich, dass man den Rollstuhlgänger einbezieht, ohne dass der Rollstuhlgänger selber aktiv werden muss. Diese Interessenvertretung ist institutionell geregelt. Gerade durch die geschichtliche Entwicklung bedingt, wird die Frau sehr oft und gerne auf ihre klassische Rolle als Hausfrau und Mutter reduziert! Dies ist einfach und verändert die gewachsenen Machtverhältnisse kaum.

Wenn die gesellschaftliche Machstruktur der Frau Kinderfürsorge, Küche und Haushalt als Wirkungsbereich zuordnet, müsste zwangsläufig auch ein Schritt weiter gedacht werden. Ist denn die Erziehung nicht massgeblich mitentscheidend über die Zukunft eines Menschen? Die Kinder von heute sind doch die Erwachsenen von Morgen. Entsprechend müssten diese sozialen Felder in der Gesellschaft höher gewertet werden.

Aus welchem Grund sollten gerade jene, die einen solchen wesentlichen Beitrag in unserer Gesellschaft leisten nicht zu gleichen Teilen Einfluss ausüben?

Sarah Baumann
temporäre Mitarbeiterin Sekretariat

Für die Legislaturperiode 2019 – 2023 und weitere suchen wir:

KANDIDATUR REGIERUNGSRÄTIN

Deine Aufgaben:

- Du führst einen beherzten, engagierten Wahlkampf und zeichnest damit ein zukunftsweisendes Bild der Grünen
- Idealerweise schaffst du den Einzug in die Regierung und verhilfst dem Gremium nach vierjähriger Durststrecke zu deutlich grösserer Ausgewogenheit
- Du regierst den Kanton Luzern, vertrittst links-grüne Meinungen im Regierungsrat und beweist die Regierungsfähigkeit der Grünen

Anforderungen an Dich:

- Du betreibst lustvolle links-grüne Politik und vertrittst unsere Grünen Grundwerte
- Du kennst die kantonale Politik mit ihren Eigenheiten, Herausforderungen und Möglichkeiten
- Idealerweise bist du weiblich und zeichnest damit ein vielfältiges Bild der Grünen im Spezifischen und der Politik im Allgemeinen

Fühlst du dich angesprochen? Melde dich bis Ende Februar beim Präsidium der Grünen Luzern unter praesidium@gruene-luzern.ch. Auch für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Die Wahlkreise Entlebuch, Hochdorf, Luzern-Stadt, -Land, Sursee und Willisau suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

AKTIVISTIN/AKTIVISTEN FÜR DIE WAHLKREISGRUPPE

Deine Aufgabe:

- Abklappern, anrufen, anfragen, ermutigen, begeistern...
- Als Mitglied der Wahlkreisgruppe hilfst du bei der Suche nach Kandidierenden in deinem Wahlkreis mit.
- Die Wahlkreisgruppe gestaltet die Kantonsratsliste und schlägt diese der Mitgliederversammlung zu Nomination vor.
- Die Wahlkreisgruppen organisieren sich selber und bestimmen ihre Absprachetermine unter sich.

Für weitere Auskünfte oder bei Interesse für ein Engagement in der Wahlleitung oder Wahlkreisgruppe gleich melden bei:
Hannes Koch, Vizepräsident Grüne Kanton Luzern,
hannes.koch@gruene-luzern.ch

Die Grünen Kanton Luzern suchen per

MITGLIEDER W

Deine Aufgabe:

- Als Mitglied des strategischen Gremiums diskutierst und beschliesst du die Strategie und bestimmst unsere Grünen Wahlkampfstrategie
- Aufwand: Ca. 3wöchiger Sitzungstun

Die Grünen Kriens und Stadt Luzern suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

KASSIER/IN OR KRIENS ODER S (EHRENAMTLIC

Deine Aufgaben:

- Du führst die Finanzplanung und Buchhaltung für die Gemeinde Kriens oder Stadt Luzern.
- Du erstellst den Jahresabschluss zu Ende Jahr für die Kantonalpartei.
- Du nimmst wenn möglich an den Vorstandsitzungen teil.
- Der zeitliche Aufwand liegt bei ca. 10 Stunden pro Monat. Bei kommunalen Aufgaben kann der Aufwand höher sein. Bei kommunalen Aufgaben ist der Aufwand höher zu rechnen. Wir haben ein Online-Buchhaltungsprogramm, welches die Arbeit erleichtert.

Deine Kompetenzen:

- Du möchtest Grüne Politik ermöglichen
- Du hast ein gutes Zahlenverständnis und Erfahrung in der Buchhaltung.
- Du hast Zeit an den Vorstandsitzungen teilzunehmen und an über die Finanzen Auskunft zu geben.

Wir bieten:

Sehr flexible Arbeitszeiten und spannende Aufgaben im finanziellen Innenleben unserer Partei.

Weitere Auskünfte oder bei Interesse

Kriens: Erich Tschümperlin, Präsident
erich.tschuemperlin@gruene-kriens.ch

Stadt Luzern: Lukas Bucher, Kassier, lukas.bucher@gruene-luzern.ch

sofort oder nach Vereinbarung

WAHLEITUNG

iums, eingesetzt vom Vorstand,
strategie unseres Wahlkampfs und
ofthemen mit
nus (2018)

suchen per sofort

ORTSGRUPPE STADT LUZERN (CH)

chhaltung der Grünen Ortsgruppen

Handen der Ortsgruppe und der

randsitzungen teil.

00 Buchungen pro Jahr oder ca. 3 Stun-
inalen Wahlen ist mit einem etwas
ir führen die Buchhaltung in einem
ches einfach zu bedienen ist.

nen und unterstützen

s und bestenfalls Erfahrung in der

gen teilzunehmen oder dem Vorstand
ft zu geben.

enden Einblick das politische und

erese gleich melden bei:

Ortsgruppe Kriens,

n

kas.bucher@gruene-luzern.ch

Die Grünen Kanton Luzern suchen auf Spätherbst
oder nach Vereinbarung eine/n

ADMINISTRATIVE/N WAHL- KAMPFMITARBEITER/IN 20% (BEZAHLT)

Deine Aufgaben:

- Im Auftrag der Wahlleitung arbeitest du bei der inhaltlichen und administrativen Planung der Wahlen mit.
- Gemeinsam mit dem Sekretariat setzt du die beschlossenen Strategien und Konzept um.
- Du unterstützt das Sekretariat und die Wahlkreisgruppen bei den Vorbereitungen der Wahlen und Nomination.

Deine Kompetenzen:

- Du hast grosses Interesse an Grüner Politik und möchtest mit-
helfen, dass die kantonalen Wahlen 2019 zu einem Grünen Erfolg
werden.
- Du bringst Kenntnisse in Strategien, Planung und Ausführung der
politischen Kampagnenführung mit.
- Du bist eine initiative und kommunikative Persönlichkeit, arbeitest
selbständig, exakt und zuverlässig und bist bereit, Deine Arbeits-
weise dem manchmal hektischen, politischen Betrieb anzupassen.
- Du organisierst und koordinierst gerne und mit Flair.
- Die Arbeit mit Freiwilligen macht Dir Freude.
- Du bist belastungsfähig und zeitlich flexibel (Abend- und Samstags-
einsätze möglich).
- Du möchtest deine Erfahrung und dein Wissen auch in Zukunft
weiter für Grüne Kampagnen einsetzen.

Wir bieten:

- Eine abwechslungsreiche Tätigkeit in einem lebhaften und spannen-
den Umfeld.
- Verantwortung und Mitgestaltung während der spannendsten poli-
tischen Zeit in einer kleinen, innovativen Partei.

Weitere Auskünfte erhältst Du bei:

Maurus Frey, Präsident, maurus.frey@gruene-luzern.ch, 078 778 86 77

Bewerbung:

Wenn Du Dich angesprochen fühlst, sende uns bitte Deine
Bewerbungsunterlagen bis Ende Mai 2018 elektronisch an:
bewerbung@gruene-luzern.ch.

AGENDA



FEBRUAR

Montag, 19. Februar, 19.30 Uhr
Wirtshaus Wilder Mann, Sursee

3. Grüne Runde

MÄRZ

Donnerstag, 22. März, 17.30 Uhr Türöffnung
Hotel Schweizerhof Luzern

Luzerner Frauen machen mobil

Dienstag, 27. März

Kantonale Mitgliederversammlung

APRIL

Samstag, 14. April

Mitglieder-Austauschrunde

Für alle Interessierten und Engagierten. Wir diskutieren über und sammeln Ideen für die Zukunft der Grünen Luzern – insbesondere in Hinblick auf die Wahlen 2019. Bringe Dich und Deine Ideen ein! Weitere Informationen folgen.

Dienstag, 26. April

Städtische Mitgliederversammlung

MAI

Samstag, 5. Mai

Nationale Delegiertenversammlung

Montag, 7. Mai, 18.00 Uhr

Creadrom St. Karlstrasse Luzern

Palaver – Freiheit für alle oder Ende der Freizeit? Chancen und Risiken der neuen Arbeitswelt

PAROLEN

BUND

No-Billag-Initiative

Nein

Bundesbeschluss zur Finanzordnung 2021

Ja

KANTON

Zahlbares Wohnen für alle

Ja

EMMEN

Neuer Trakt Erlenschulhaus

Ja

Umzonung Herdschwand und Bebauungsplan Neuschwand

Nein

Abriss Betagtenzentrum Herdschwand (Kredit CHF 1.5 Millionen)

Nein

Änderung der Gemeindeordnung

Ja

